

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Dr. Jannsen und der Fraktion DIE GRÜNEN

Frauen an den Hochschulen

An den bundesrepublikanischen Hochschulen sind hauptberuflich rund 11 v. H. Frauen tätig. Bei den Professoren beträgt der Anteil nur 5 v. H. Ähnliches gilt für frauenbezogene Forschungen. Kaum eine Hochschule hat Lehrstühle für Frauenforschung eingerichtet. Frauenbezogene Forschungsinhalte sind an den Lehrstühlen aller Fakultäten rar. In letzter Zeit sind verstärkt Ausgrenzungen von Frauen festzustellen.

Am 11. Mai 1984 hat der Senator für Wissenschaft und Forschung in West-Berlin, Prof. Dr. Kewenig, die Berufungsliste für die erste Teilzeitprofessur am Fachbereich Politische Wissenschaft an der Freien Universität Berlin zurückgegeben. Auf der Berufungsliste waren nur weibliche Bewerberinnen. Die betreffende Teilzeitprofessur war für die Arbeitsbereiche „Theorie und Praxis von Frauenbewegungen. Sozialökonomische Analyse staatlicher Familien- und Bevölkerungspolitik unter besonderer Berücksichtigung von sozialhistorischen Veränderungen bezahlter und unbezahlter Frauenarbeit“ ausgeschrieben.

Dieser Arbeitsbereich wurde durch den Senator für Wissenschaft und Forschung als „zu eng“ angelegt zurückgewiesen.

Aus aktuellem Anlaß fragen wir daher die Bundesregierung:

1. Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Senators für Wissenschaft und Forschung, daß der Arbeitsbereich „Theorie und Praxis von Frauenbewegungen. Sozialökonomische Analyse staatlicher Familien- und Bevölkerungspolitik unter besonderer Berücksichtigung von sozialhistorischen Veränderungen bezahlter und unbezahlter Frauenarbeit“ in seinem fachlichen Spektrum für eine Teilzeitprofessur zu eng angelegt ist?
2. Teilt die Bundesregierung unsere Meinung, daß eine so begründete Zurückweisung einer Berufungsliste, auf der sich hochqualifizierte Wissenschaftlerinnen beworben haben, eine Abqualifizierung und Nichtanerkennung von wissenschaftlicher Frauenforschung darstellt, und was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu tun?

3. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, den Anteil an Wissenschaftlerinnen im Hochschulbereich – insbesondere der Hochschullehrerinnen – zu erhöhen?
4. Wird sich die Bundesregierung für eine Bevorzugung von weiblichen Bewerbern für Hochschullehrerstellen einsetzen, um den Anteil an Wissenschaftlerinnen an den Hochschulen und Fachhochschulen zu erhöhen, und welche Vorschläge hat die Bundesregierung dazu?
5. Was hält die Bundesregierung in diesem Zusammenhang von der Forderung vieler Frauenverbände und -organisationen nach verpflichtenden Frauenförderungsplänen, in denen festgelegt wird, in welchem Zeitraum und mit welchen Maßnahmen ein Frauenanteil von 50 v. H. in jeder Statusgruppe an Hochschulen verwirklicht wird?
6. Welche Erfahrungen und Berichte liegen der Bundesregierung mit Frauenbeauftragten an Hochschulen vor, und wie setzt sich die Bundesregierung für die Einstellung von Frauenbeauftragten an allen Hochschulen und Fachhochschulen in der Bundesrepublik Deutschland ein?
7. Wie steht die Bundesregierung zu Frauenforschung und Frauenstudien an den Hochschulen?
8. Was wird die Bundesregierung unternehmen, um Frauenforschung und Frauenstudien an den Hochschulen zu fördern?
9. Gibt es Vorschläge der Bundesregierung zur Einrichtung von frauenspezifischen Lehrstühlen in allen Fachbereichen?
10. Wird die Bundesregierung zur Erfüllung der in den Fragen 8 und 9 genannten Aufgaben Stipendien verankern oder einrichten, die an habilitierte, erwerbslose Wissenschaftlerinnen vergeben werden?
11. Beabsichtigt die Bundesregierung, Preise zur Förderung von Frauenstudien einzurichten?

Bonn, den 30. August 1984

Dr. Jannsen
Schoppe, Dr. Vollmer und Fraktion